

Die „Freiheit“ erscheint wöchentlich, an Sonn- und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei sonstiger Zustellung ins Haus für Groß-Berlin 8.50 M., im voraus zahlbar, von der Spedition selbst abgeholt 7.— M. Für Postfracht nehmen amtliche Postanstalten Bestellungen entgegen. Unter Streifenbogen für Deutschland und Österreich 12.50 M., für das übrige Ausland 16.— M. einschließlich Postwertzeichen, per Bille für Deutschland und Österreich 20.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Nordend 933-36 und 9769.

Die achtspaltige Doppelseite oder deren Raum kostet 1.— M., einschließlich Curatungsgebühr. Kleinanzeigen: Das jetzige Blatt 2.— M., jedes weitere Wort 1.50 M., einschließlich Curatungsgebühr. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellengesuche 2.00 M. netto pro Zeile. Stellengesuche in Wortanzeigen: Das jetzige Blatt 1.00 M., jedes weitere Wort 1.— M. Inland-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19. Fernsprecher: Amt Nordend 933-36, Buchhandlung Zentrum 2645. „Freiheit“-Druckerei Zentrum 2080.

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Spikelhorde der Rechtsparteien.

Wie jetzt einwandfrei festgestellt hat die berüchtigte Spionin Schröder-Mahnke auch den Putsch in Sangerhausen inszeniert, bei dem es einigen gekauften Elementen gelang, das Rathaus zu besetzen, die Wählerlisten zu vernichten und bei einer Pank mehrere tausend Mark zu stehlen. Es war unter Anleitung der Schröder-Mahnke geplant, auch in anderen Mittel- und Kleinstädten der Provinz Sachsen Banken und Rathäuser zu besetzen, so z. B. in Eisleben und Halbe a. d. Saale. An der Wachsamkeit unserer Genossen, die rechtzeitig vorbeugende Maßnahmen ergriffen, ist die Ausführung des Streiches gescheitert. Die Schröder-Mahnke arbeitete nach dem Plane einer Berliner Zentralstelle, von dem auch die rechtsstehenden Parteien unterrichtet sind. Diese wissen, daß sie bei den Wahlen keinen Sieg erwarten werden. Es ist deshalb ihr Wunsch, die Wahlen überhaupt zu verhindern. Deshalb werden Spindel in die Arbeiterorganisationen lanzieren, die dort eine Putschaktion empfehlen und zum Ausschlag ermuntern sollen. Reichswehr- und Freikorpsoffiziere warten auf diesen Augenblick; sie wollen dann gehörig zupacken, in allen Teilen Deutschlands die Arbeiterbewegung verdrängen, die Führer verhaften und unschädlich machen und die ungescheiterten Putschpläne durchsetzen.

Bei dieser Gelegenheit ist es angebracht, die Öffentlichkeit wieder einmal auf die Tätigkeit der berüchtigten Antikommunistischen Liga zu lenken. Diese hat seit mehreren Monaten ihren Namen gewechselt und sich unter der Firma „Putschgesellschaft“ neu etabliert. Angeblich beschäftigt sich diese Gesellschaft jetzt mit der Verfolgung von kriminellen Verbrechern. In der Schellingstraße 2, dem früheren Sitz der Antikommunistischen Liga, ist zum Scheine ein derartiges Detektivbureau errichtet, die Hauptarbeit, die Verfolgung und Unschildlichmachung der Arbeiterführer — wird aber in der Oranienburger Straße 67 verrichtet. Dort ist das politische Geheimbureau der Rechtsparteien, von dort aus werden die Agenten nach ganz Deutschland geschickt, dort hin fliehen die Millionen der Schwerindustrie, bestimmt für den Zweck, die politische Atmosphäre für das Gelingen des Rechtsputsches zu schaffen.

Die Putschgesellschaft ist also nichts weiter als eine politische Geheimorganisation, die unter der Maske, Verbrecher zu verfolgen, Putsche und Aufstände zu provozieren versucht, wie es schon die antikommunistische Liga getan hat. Der Hauptleiter für Berlin und das Reich ist

das frühere Mitglied des Volksgardebattalions, der unter dem Namen Dr. Gärner auftritt und als solcher besonders während der Januar- und Märzkämpfe wiederholt ungescheiterte Putschversuche durchzuführen ließ. Weiter arbeiten in der Berliner Zentrale an hervorragender Stelle der Mittelmeister v. Gülich, Major Berndt, Major Hoffmann. Filialen bestehen in allen größeren Orten Deutschlands. Auch dort sind die Leiter ehemalige Offiziere. Das Nachrichtenmaterial, das von einer großen Zahl erprobter Spindel erfunden und gesammelt wird, wird von der rechtsstehenden Presse, die diese Organisation ganz genau kennt, verarbeitet. Die Nachrichtenstellen der Reichswehr arbeiten mit der antikommunistischen Spindelgarde Hand in Hand und auch die Minister a. D. Heine und Hirsch haben sich als treue Rechtssozialisten mit Vorliebe des Materials bedient, das ihnen von dieser unsauberen Quelle zuströmte.

Selbstmordversuch der Schröder-Mahnke.

Eigene Drahtmeldung der „Freiheit“.

Halle, 26. Mai.

Die militärische Spindelzentrale unter der Leitung des Oberleutnants Gieseler muß jetzt die Wahrheit der von uns veröffentlichten Tatsachen über das Treiben der von ihm geleiteten Spindelzentrale bekennen. Doch versucht er, die Frau Schröder-Mahnke als einen im Dienst der Entente stehenden Spindel hinzustellen. Dieser Versuch ist aber mißglückt, denn Frau Schröder-Mahnke hat gestern versucht, durch den Genuß von Arsenik Selbstmord zu begehen. Unter ihren Pieren sind interessante Dokumente über die Friedensverhandlungen von Brest-Litovsk, mit der Ukraine und über Estland und Livland gefunden worden, die klar erkennen lassen, daß sie bereits seit Jahren im Dienst der militärischen Stellen der Wehrmacht gewesen ist.

Es kann jetzt auch gar keinem Zweifel mehr unterliegen, daß diese Spindelzentrale in Raumburg die Urheberin des Sangerhäuser Putsches ist. Der Leiter dieser Zentrale, Leutnant Schann, ist einige Tage vor dem Putsch mit Schröder-Mahnke in Sangerhausen gewesen, dort unter anderem Namen aufgetreten und war der Redner, der in der kommunistischen Versammlung zu dem gewaltsamen Vorgehen aufforderte.

treten, die er auf seiner Flucht durch Böhmen sich hat zu Schulden kommen lassen, eine kurzfristige Freiheitsstrafe.

Kraffin auf dem Wege nach London.

Große Geschäftsabschlüsse mit norwegischen Firmen.

Kristiania, 25. Mai.

Das norwegische Telegraphen-Bureau meldet: Der russische Handels- und Verkehrskommissar Kraffin kam von Stockholm am Montag hierher. Kraffin verbrachte den Tag bei dem Werftbesitzer Niels Juul, wo er Gelegenheit fand, mit einer Reihe hervorragender Geschäfts- und Bankleute zusammenzutreffen. Kraffin hat bei der Firma Juul bedeutende Geschäfte abgeschlossen. Heute setzte er seine Reise nach Bergen fort, von wo er sich nach England begibt.

„Laut „Times“ wird Kraffin heute in London erwartet.

Die russisch-finnischen Friedensverhandlungen.

Kopenhagen, 25. Mai.

Einem Telegramm der „Berlingske Tidende“ aus Helsingfors zufolge, hat der russische Völkerkommissar für auswärtige Angelegenheiten, Tschitscherin, dem finnischen Minister des Auswärtigen dröhnend mitgeteilt, daß die Räteregierung in der freundschaftlichsten Weise die Vorschläge der finnischen Regierung über Zeit und Ort für die Friedensverhandlungen aufnehmen werde.

Die finnische Regierung wird ihre Vorschläge sofort nach Helsingfors nach Moskau übermitteln. Es scheint jetzt sehr wahrscheinlich, daß Kopenhagen als Ort für die Friedensverhandlungen nicht in Aussicht genommen ist.

Erweiterung der Erwerbslosenfürsorge.

Wie das Reichsministerium in einem Telegramm an die Regierungen der einzelnen Länder mitteilt, ist Arbeitslosigkeit, die durch den gegenwärtigen Umschwung der wirtschaftlichen Konjunktur verursacht ist, als Kriegsfolge im Sinne des § 6 der Verordnungen über die Erwerbslosenfürsorge anzusehen. Daher ist in den einzelnen Fällen Erwerbslosenunterstützung zu gewähren.

Die Unabhängigen und Sowjet-Rußland.

Daß die kommunistische Partei Deutschlands ihren Wahlkampf hauptsächlich mit der Forderung gegen die Unabhängigen führt, ist aus taktischen Gründen begreiflich. Die kommunistische Arbeiterpartei legt ihr auf dem Rücken, beschuldigt sie des Verrats an den Prinzipien und an der Arbeiterklasse, weil sie sich am Wahlkampf beteiligt. Die Angegriffene glaubt sich nicht besser verteidigen zu können, als indem sie auf uns losgeht, um so den Nachweis zu erbringen, daß der Vorwurf des Mangels an Radikalismus und Folgerichtigkeit unberechtigt sei. Dazu kommt die naheliegende Forderung, gerade auf die Mitglieder der ihr politisch am nächsten stehenden Gruppen Einfluß gewinnen und bei ihnen einen gesegneten Rückzug machen zu können, und so sind wir denn eben die Feinde, die in Wort und Schrift mit dem größten Eifer und der erbittertesten Zähigkeit angegriffen werden müssen.

Je weniger dabei der Spartakusbund in Frage ist, grundsätzliche Unterschiede zwischen seinem Kommunismus und unserem Sozialismus aufzuzeigen, um so größeren Wert legt er darauf, festzustellen, daß unsere Handlungen sich nicht mit unseren Worten im Einklang befänden, und daß unsere Politik sich durch das Fehlen von revolutionärer Entschlossenheit auszeichne.

Es sind im wesentlichen drei oder vier Anklagen, die in den Reden der kommunistischen Agitatoren und in den Artikeln der „Roten Fahne“ mit einer nahezu ermüdenden Gleichförmigkeit immer wiederkehren, und unter ihnen nimmt die Behauptung, die Unabhängigen hätten von der ersten Stunde an die Möglichkeit der Schaffung enger Beziehungen zu Sowjetrußland sabotiert, die erste Stelle ein. So können wir in der letzten Nummer der „Roten Fahne“ wieder lesen, daß die Unabhängige Partei den Anschluß Deutschlands an Rußland verhindert und Verrat an der russischen Revolution begangen habe.

Man sticht sich dabei in der Hauptsache auf Vorgänge, die sich bald nach der Novemberrevolution im Rote der Volksbeauftragten abgespielt haben, als von russischer Seite der jungen deutschen Republik, oder besser gesagt, dem deutschen Proletariat die Freundschaftshand angeboten worden war. Diese Hand sei von den Rechtssozialisten und den beiden unabhängigen Volksbeauftragten Gause und Dittmann fände zurückgewiesen worden.

Leider unterlassen es die Kommunisten, darauf hinzuweisen, daß Gause sich zu diesem Vorwurf auf unsern Parteitag im März 1919 bereits eingehend geäußert hat. Unser verstorbener Führer erinnerte damals daran, daß er es gewesen sei, der am 10. November 1918 die Proklamation verfaßt habe, in der die sofortige Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der Sowjetrepublik gefordert wurde. Dieses Bestreben aber sei durchkreuzt worden durch einen Genossen aus Moskau, dessen Namen er im Augenblick nicht nennen dürfe. Dieser Genosse habe in einem Schreibteleogramm, das im Auswärtigen Amt aufgenommen wurde, erklärt, er und seine Freunde wollten nach Deutschland kommen, um in den Gefangenenlagern, in denen Engländer und Franzosen untergebracht waren, bolschewistische Propaganda zu treiben.

„Es ist ganz ausgeschlossen“, fuhr Gause fort, „daß wir in der Situation, in der wir uns befanden — wir mußten den Waffenstillstandsvertrag unterzeichnen — es zulassen konnten, daß derartige Propaganda getrieben wurde. Wir hätten unserer Sache großen Schaden zugefügt. Aus diesem Grunde ist die sofortige Aufnahme der diplomatischen Beziehungen nicht möglich gewesen, ich habe sie jedoch immer wieder bekräftigt und bin von meinen Freunden in der Regierung darin stets unterstützt worden.“

Gause teilte dann weiter mit: „In der Regierung wurde die Frage erörtert, ob man die eingeladenen Genossen, darunter den Genossen, von dem jenes Telegramm herührte, nicht daran hindern sollte, nach Deutschland zu kommen. Gestützt von meinen Freunden, habe ich mich gegen Gewaltmaßnahmen ausgesprochen und ich habe verlangt, daß in dieser Situation den russischen Genossen der Fall erteilt werden solle, mit Rücksicht auf die augenblickliche schwierige Lage in Deutschland zur Zeit nicht zu uns zu kommen.“

Gause ist leider tot, und er kann keine Auskunft mehr darüber geben, ob das Schreibteleogramm, von dem er auf dem Märzparteitag sprach, noch andere Vorschläge der russischen Genossen enthielt, oder ob außerdem noch eine weitere Verhandlung zwischen Moskau und Berlin stattgefunden hat. Uns ist jedenfalls bekannt, daß von

Der Zweck der Konferenz von Spa.

Sicherung der Durchführung des Friedensvertrages.

London, 25. Mai. (Reuter.)

Die an die deutsche Regierung gerichtete alliierte Note, in der mit Rücksicht auf die deutschen Wahlen der Ausschub der Konferenz in Spa bis zum 31. Juni vorgeschlagen wird, hebt hervor, der Zweck der Konferenz sei, die Richterscheidung feierlicher Verpflichtungen des Versailler Vertrages durch Deutschland zu erzwingen und Abmachungen wegen der Sicherung der Durchführung des Vertrages in Zukunft zu treffen. Es sei deshalb von größter Wichtigkeit, daß die Konferenz nicht durch außerliche Bedenken (external preoccupation) abgelenkt oder verzögert werde.

Die finanziellen Bestimmungen undurchführbar.

Ein Urteil der finanziellen Sachverständigen.

H. N. Gaag, 26. Mai.

„Nieuwe Courant“ meldet aus Paris, daß die finanziellen Sachverständigen der Schandenkommission einen Bericht abgefaßt haben, in dem gesagt wird, daß die wirtschaftlichen Bedingungen des Versailler Vertrages undurchführbar sind, und daß der ganze Abschnitt des Friedensabkommens, der sich auf diese wirtschaftlichen Bestimmungen bezieht, unanändert werden muß.

Die Tschecho-Slowakei liefert Holz nicht aus.

Wie der Telegraphen-Union aus Dresden berichtet wird, hat der Justizminister der Tschecho-Slowakei Pressevertretern gegenüber erklärt, daß Holz, der zur Zeit in der Besetzung Karibaus bei Götzsitz untergebracht ist, nicht an die tschechische Regierung ausgeliefert wird. Der Minister hat dies damit begründet, daß die Holz als politischer Akt angesehen sei, und daß die deutsche Regierung Kapp-Güttlich-Scharding Ausland habe ankommen lassen. Das verbot sich natürlich.

Gegen die Volkstoch-Legende.

Es ist eine alte Legende, die über die hochbetagte Propaganda in den Gefangenenlagern noch hinausgeht. Es wurde in ihnen ziemlich deutlich vor dem gemeinsamen bewaffneten Kampf der russischen und deutschen Proletariat gegen den Ententeimperialismus gebröckelt. Ganz hat auch diese Vorkämpfer zurechtgewiesen. Im übrigen steht fest, daß er von den Mitteilungen der russischen Freunde unverschieden der Genossin Rosa Luxemburg Kenntnis gegeben hat, und daß diese vollständig seine Auffassung teilte.

Das war nicht mehr als selbstverständlich, denn nur ein Narr hätte es damals auf einen neuen, schweren Konflikt mit der Entente ankommen lassen können. Die Duldung bolschewistischer Propaganda in den Gefangenenlagern würden von Paris und London aus mit den denkbar schärfsten Repressalien gegen die deutsche Republik beantwortet werden sein. Und was dann? Gälten wir es wirklich auf den Krieg der Revolution gegen die westliche Reaktion ankommen lassen dürfen? Selbst vorausgesetzt, daß die russischen roten Garde insonde gewesen wären, uns in ausreichender Weise zu unterstützen, so würde die große Masse der deutschen Arbeiter, die glücklich war, den langen Feldzug beendet zu sehen, in jenem Moment kaum für neue kriegerische Unternehmungen zu haben gewesen sein. Außerdem wäre bei einem solchen Zusammenstoß zwischen uns und der Entente der Kampfplatz Deutschland gewesen. Das kauergeprüfte Land wäre verheert worden, und niemand konnte auch nur mit einiger Sicherheit auf den Sieg der verblüdeten revolutionären Massen rechnen. Wir waren eben, dank Wilhelm II. und Ludendorff, den Gegnern auf Gnade und Ungnade ausgeliefert, und es wäre ein verbrecherischer Wahsinn gewesen, ihnen den Anlaß oder den Vorwand zu neuen bewaffneten Vorstößen zu verschaffen.

Ganz ähnlich war übrigens die Situation im Sommer des vorigen Jahres. Es ist ja ebenfalls ein Punkt des kommunistischen Anlageregisters, daß wir damals der Unterzeichnung des Friedensvertrages das Wort geredet haben und nicht daran gegangen sind, im Bündnis mit Russland durch einen Krieg die Revolution in die kapitalistischen Staaten des Westens zu tragen. Ganz abgesehen davon, daß der Versuch, ein Land durch einen Angriffskrieg — und ein solcher wäre es in diesem Fall gewesen — zur Revolution zu bringen, außerordentlich wenig Aussichtreich ist, wären die russischen roten Garde im Sommer 1918 noch weniger in der Lage gewesen, uns wertvollen Beistand zu leisten, als ein halbes Jahr früher. Sie hatten genug damit zu tun, Kollischal und Denikin abzuwehren und konnten es sich nicht leisten, nennenswerte Streitkräfte an den Rhein zu werfen. Wir unabhängigen Befanden uns in einer Zwangslage. Wir mußten die Unterzeichnung eines Friedens fordern, für den wir nicht verantwortlich waren, weil sonst die Besetzung des rheinisch-westfälischen Industriebezirks und die Erneuerung der englischen Blockade das allerschlimmste Elend über die deutsche Arbeiterklasse gebracht hätte.

Wir geben uns nicht der Hoffnung hin, daß nach diesen Feststellungen, die hier nicht zum ersten Male gemacht werden, die Kommunisten nun ihre Angriffe einstellen werden. Da sie Grundfähliches zu wenig vorzubringen haben, müssen sie sich schon an Symptome halten, die nach ihrer Darstellung die „verräterische“ Haltung der Unabhängigen beweisen sollen. Auf eine Handvoll Entstellungen und Unwahrheiten kommt es ihnen dabei nicht an. Aber wir sind überzeugt, daß das deutsche Proletariat in seiner großen Masse einsichtig genug ist, auf solche Wandern nicht hereinzufallen, und wir stellen nur fest, daß die Partei, der die Beteiligung an den Wahlen doch so schwer geworden ist, zum mindesten in der Handhabung des Apparates der Wahlen schon recht Erledliches leistet.

Rechtssozialistische Denkmale in Schließen. Genossenschaftssekretär Becke in Breslau, Mitglied der Preussischen Landesversammlung, wurde zum Landrat in Streblen, Gewerkschaftssekretär Seibold zum Landrat in Rimplisch ernannt. Für den Landratsposten von Freytag wurde der Rechtssozialist Dietrich in Aussicht genommen.

Offiziere.

Von Ignaz Wrobel.

Es wird in letzter Zeit etwas reichlich viel Geschrei von den Offizieren über die Offiziere gemacht.

Die Reichswehr wird in absehbarer Zeit auf den festgelegten Stand von hunderttausend Mann herabgesetzt werden. Rechnet man auf 30 Mann je einen Offizier (was hoch gegriffen ist), so ergibt das eine Zahl von dreitausend aktiven Offizieren. Standes machen sie für zwanzigttausend.

Es muß dabei streng zwischen den Offizieren der alten kaiserlichen Armee und den aktiven Offizieren der Reichswehr unterschieden werden. Der Reichswehr-offizier wird in früheren Zeiten gesellschaftlich und auch politisch keine hervorragende Rolle mehr zu spielen haben; er kann politisch gefährlich werden, wenn die Reichswehr so schlecht geleitet wird wie bisher — aber die vorkämpferische Rolle des Offizierkorps im Gesellschaftskörper ist ausgespielt. Das wissen die Offiziere. Es ist keinem Stand zu bedenken, wenn er mit der letzten Kraft des Untergehenden seine Existenz verliert, aber die Gründe, mit denen er es tut, sind beweisend zu werden.

Die Masse des alten kaiserlichen Offizierkorps, diese schmutzigen bezirgerten, entlassenen, politisch enttäuschten und zum Teil in wirtschaftlicher Not befindlicher Männer erfüllen die Luft mit einem Lärm, als sei mit ihnen noch alles beim alten. Es ist aus.

Sie haben zweierlei Interessen, diese alten Offiziere: Sie wollen die Verbreitung der Wahrheit über ihr Wirken im Krieg verhindern, und sie verlangen die Hebung ihrer wirtschaftlichen Lage, vor allem durch Stellenverfugung.

Das erste ist eine rein politische Frage. Es ist ja viel bequemer und angenehmer für einen Stand, in der Erinnerung durch offizielle Bruchwerke und bunten patriotische Bilderbücher fortzuleben, in ausglatten Statistiken fortzuleben, die dem preussischen Verwaltungsoffizier der Stufe beschleunigen, wieviel Schlachtvieh er aus Blandern ausgeführt hat, wieviel Laubs Petroleum in Rumänien unter seiner Leitung hergestellt worden sind, wieviel Entlassungsanträge, Fortbildungsschulen und Bordelle man unter seiner Leitung in Polen aufgebaut hat — und verabschlagen wird nur, weil unvermeidliche Misserfolge er in halb Europa trieb, was er sich in halb Europa zum Schaden

In einer auf Veranlassung des Friedensbundes der Kriegsgeheimen nach der Anlaß des Konföderierten Kaiser-Friedrich-Realgymnasiums eintretenden öffentlichen Versammlung sprach am gestrigen Dienstag abend Redakteur Karl Seiler über die Volkstoch-Legende. Seiner Ausführungen über die Ursachen des Zusammenbruchs stellte der Redner ein Kehrwort für Kapitänleutnant Hans Paasche voran. Er schilderte den Toten als reinen Menschen Gustav Landauer'scher Art und nannte Paasche's Erklärung einen abermaligen Wort an der Idee des Pazifismus. Seiler forderte schweigende und klare Unteruchung des Vorfalles, der dem deutschen Namen abermals geschändet habe, und fügte daran das Verlangen nach rückwärtsloser Bestrafung aller Schuldigen. Die Versammlung erhob sich zu Ehren Paasche's.

Danach ging der Redner auf die Behauptungen der rechtsstehenden Parteien über die Erhöhung des Heeres von hinten ein. Er wies sie an Hand reichhaltigen Materials zurück und bediente sich dabei namentlich der Artikel der konservativen November-Presse. So habe z. B. die „Post“ am 8. November 1918 die volle Schuld an dem Zusammenbruch und dem daraus entstandenen Elend dem General Ludendorff zugeschoben. Seiler gab dann eine auf eigene Erfahrungen und Beobachtungen sich stützende Darstellung der Frontverhältnisse der letzten fünf Kriegsmomente, aus der immer wieder zu schließen war, daß das deutsche Heer nicht irgendwelcher revolutionären Propaganda, sondern einzig und allein der physischen Uebermacht der Gegner erlegen war. Ueber diesen Punkt, erklärte der Redner, müsse solange geredet und geschrieben werden, bis die Wahrheit zur Welt gekommen wäre. Denn nicht eher könne friedlich am neuen Volkshaus gearbeitet werden, als bis nicht der letzte Deutsche wisse, was das alte in Stand gesetzt und ausgeplündert hat. Die Wahlen müßten zu einem Punkt werden, zu einem leuchtenden Zeichen, daß die Willensmehheit des Volkes den Feind im Lande odern habe. Der Ausfall der Wahlen müsse beweisen, daß das deutsche Volk nicht willens sei, sich ein zweites Mal so unglücklich verhalten und schänden zu lassen, wie dies mit der Frage von der Erhöhung des Heeres von hinten geschehen sei. (Stürmischer, langanhaltender Beifall.)

Paasche's Beifugung.

Unter großer Beteiligung der Bevölkerung wurde Hans Paasche am zweiten Freitag in dem Park seines Gutes Waldrieden beerdigt. Hunderte von Sozialisten waren mit roten Schleißen und roter Fahne aus den umliegenden Dörfern herbeigekommen, um ihren edlen Mitkämpfer zur letzten Ruhe zu geleiten. Am Grab sprach zuerst Lehrer Seiler, der den Toten als einen vorbildlichen Kämpfer für jeden sozialen Fortschritt feierte. Darauf schloß Dr. Magnus Schwantje die Verdienste des Ermordeten um die Friedensbewegung, den Tiererschutz und die Bestrebungen zur Verablung der Lebensführung. Der Redner betonte die unabhängigen Wählerkreise in Wiesenthal, Genosse Oßmann, dankte dem Toten für seine hingebende und mannhafteste Teilnahme an dem Kampf zur Befreiung der Arbeiterklasse. Am Schluß pries die Erzherzogin seiner Majestät die große Herzengüte Hans Paasche's. Die ungemein große Zahl der Teilnehmer an der Begräbnisfeier zeigte, welche hohe Verehrung dieser lächne Idealist in allen Kreisen der ländlichen Bevölkerung genöß.

Damitbar vor die Beerdigung hatte im Hause des Verstorbenen eine Sitzung der Nordkommission stattgefunden, in der auch die zwei Soldaten vernommen wurden, die die Schüsse auf Hans Paasche abgegeben haben.

Es gibt noch Richter in Deutschland.

Die nationalistische Presse berichtet triumphierend, durch Verfügung des Landgerichts I Berlin sei die Verbreitung und die Herstellung der von dem ehemaligen deutschen Parteisekretär Kroschel verfaßten Broschüre „Das deutsche Gewissen“ verboten. Das Verbot wurde erlassen, weil dem ehemaligen Staatsminister Herzog vorgeworfen wird, er begehe als Parteivorstand jährlich eine Entschädigung von 45 000 Mark; weiter wird behauptet, der Gewerkschaftsrat Laube erhalte 10 000 Mark für private Arbeiten von der Firma, die seine Erbsenberger-Broschüre verlegt und der Antirichter A. D. und jetzige Hauptgeschäftsführer der Partei Lindenlein-Wildau habe den Versuch gemacht, auf dem Wege den sogenannten ehrenamtlichen Tätigkeit gegen Zahlung von 15 Mark Tagelohn auf eine Freundin in die Geschäftsstellen der Deutschnationalen Volkspartei einzuführen.

seiner eignen Landleute, die als Ruhestoten nicht unter die Menschen gezählt wurden, dienstlich und außerdienstlich erzwinge, verschwiegen wird seine Ueberheblichkeit, sein Mißbrauch der Dienstgewalt und sein gängliches Ueberhandnis einer Zeit gegenüber, die er „die große“ nannte, und in der er wie ein Stück verrottenes Ueberbleibsel aus dem Mittelalter wirkte. Es ist natürlich bequemer und angenehmer für einen Stand, in bunten und bunten Hattageschichten fortzuleben, Geschieden, mit denen man unter Wilhelm II. ganze Generationen gefüttert hatte, und in denen ebenso rühmlich wie verlogen zu leben war, wie edel, wie hübsch, wie gut und vor allem: wie schneidig der elegante, zivillische deutsche Offizier abgelesen ist. „Reife!“ sagt der Berliner.

Es ist ein bekannter Fluß des Kapitalismus, die Bedürfnisse der Welt nach den wirtschaftlichen Forderungen der Menschen zu regeln. Nicht ob zu Jahndürsten braucht, ist das Wesentliche, sondern daß es eine Festzeit gibt, die ihre Willen Jahndürsten im Jahr absetzen muß. Und bist du nicht willig, so braucht sie Gewalt, von der Kellere bis zum Zoll. Das ist nicht nur ein Fluß des Kapitalismus, das ist ein Fluß vieler Einrichtungen. Die Bünde, zu denen sich das alte Offizierkorps zusammengeschlossen hat, wollen Deutschland mit allen Mitteln klar machen, daß das Land seine Offiziere so oder so brauche. Das ist ein Zerrum. Wir brauchen sie nicht als Offiziere. Sie haben sich nicht eingebildet, daß etwa jenes alte Offizierkorps in die Reichswehr, so wie es war, übernommen werden ist. Der 8. November 1918 ist ein Einschnitt, der nicht fortzudenken ist. Sie haben ausgepielt.

Das Volk lehnt sie ab. Das Volk will sie nicht mehr. Wir haben alle, in der Friedensabstimmung und vor allem in langen Kriegsjahren, viel zu viel gesehen. Wir haben alle die Gohheit, die fittliche Ohnmacht und die Gebarmatnat eines Standes erkannt, der sich und immer nur sich als das Maß aller Dinge betrachtet hat. Das Wohl des Landes? Pöffen wollten sie.

Nach einem solchen Kriege, nach dem Kapp-Putsch, der zum großen Teil von Offizieren angezettelt und gemacht worden ist, überlassen die Offizierbände den Reichswehrminister mit Forderungen, die der ernsthaft in Erwägung zieht, statt die Deputierten die Treppe hinunterzuwerfen. Sie verlangen sein Einverständnis, wenn einer der alte Offizierkorps zu weit, wie es gewesen ist, gleich des Herrn Seiler juristisch gar nicht zugehörig verurteilt, hat und nachherlich, wie sie immer in Geldtrauen

Durch diese einseitige Verfügung ist die Arbeiter Partei vom Herzen der Deutschnationalen Volkspartei gewälzt. Es gibt noch „gerechte“ Richter, die für die deutschnationalen Parteimitglieder ein reichendes Verständnis haben. Die Kroschel'sche Broschüre ist einseitig mündlich gemacht. Aber eine Gegenbroschüre wird erscheinen, die den Ehrenschick der Deutschnationalen Volkspartei wieder blank schauern soll. Da wird eine einseitige Verfügung nicht so zeitig zu erwarten sein, daß die Gegenbroschüre ihre Wahlwirkung nicht restlos entfalten könnte. Die Gerissenheit deutschnationaler Wahlpropagandisten, der Gerissenheit der Richter und die Nähe des Wahltermins, Uebermaß der Papiermangel und viele andere Schwierigkeiten bieten Garantien genug.

Die amerikanischen Besatzungsbehörden hören die Reichstagswahlen.

Aus Köln wird uns geschrieben:

Im amerikanischen besetzten Teil des Wahlkreises Koblenz-Trier ist durch die amerikanischen Behörden unsere Wahlarbeit gestört und unmöglich gemacht worden. Die Bezirksleitung Mittelrhein der U. S. P. hotte zur Leitung der Wahlgeschäfte ein Wahlbureau in Andernach eingerichtet und den Genossen Matthias Rübhausen als Sekretär der Partei mit besten Leitung beauftragt. Rübhausen ist gleichzeitig Verrentenmann des Wahlvorschlags Koblenz-Trier. Als Parteisekretär hielt er eine Reihe von öffentlichen Versammlungen ab, die sich vollständig in dem Rahmen der Besatzungsbestimmungen abspielten. Ueber diese Versammlungen liegen uns objektive Berichte demokratischer Wähler vor. Religiös die Presse des Bezirkes, gegen welche Partei sich hauptsächlich der Kampf der U. S. P. richtete, erging sich in den wüsten Angriffen gegen den ihr gefährlichen Redner.

Am 20. ds. Mts. wurde nun Genosse Rübhausen von den Besatzungsbehörden nach Koblenz geladen und einem amerikanischen Major vorgeführt, der sich als politischer Chef des amerikanischen Oberkommandos vorstellte. Hier wurde dem Genossen Rübhausen ohne Angabe von Gründen der Ausweisungsbefehl gegeben.

Die haben im amerikanischen Gebiet, wo unsere Bewegung noch jung ist, keine andere Möglichkeit an zu wehren, als die, die nachsten, objektiven Tatsachen der breitesten Öffentlichkeit zu übergeben. Auf die Frage unseres Genossen nach den Gründen der Ausweisung wurde ihm von dem Herrn Major zur Antwort gegeben: „Er wolle mit diesem Genossen nichts zu tun haben.“ Und als unser Genosse erwiderte, daß er sich nicht zum Genossen rechne, sondern beantrage, als Mensch bezogen zu werden, der aus ideellen Gründen für die Partei arbeite, wurde das in Frage gestellt. Als die Führung des amerikanischen Offiziers: die U. S. P. bekomme im ganzen Bezirk keine 2000 Stimmen, von R. sehr bezweifelt wurde, er hielt er wiederum die typische Antwort: „Wenn es mehr sind, dann lasse ich die Irren anfall vergrößern.“ Zum Schluß erhielt unser Genosse den Befehl mit auf den Weg zu gehen. „Sagen Sie Ihren Genossen, daß es Ihrem Nachfolger genau so gehen wird.“

Der U. S. P. ist also damit jede Betätigungsmöglichkeit unterbunden.

Der Arbeiterkampf hat sich in diesem Gebiet nennlich eine große Erhellung bemächtigt. Der Genosse Rübhausen ist bei der Arbeiterhaft beliebt und populär. Seine Verhaftung wird das Gegenteil von dem erreichen, was beabsichtigt war. Gerade jetzt, wo das Zentrum im Wahlkreis triumphiert, merkt die Arbeiterhaft, daß die U. S. P. die Partei ist, die ihre Interessen vertritt.

Derartige Eingriffe der Besatzungsbehörden bedeuten eine Ueberverletzung ihrer Befugnisse und machen die Durchführung der Reichstagswahlen unmöglich. Wir erwarten, daß die Regierung sofort die nötigen diplomatischen Schritte unternimmt, um die Wahlfreiheit sicher zu stellen. Im übrigen beweist dieser Vorgang, wie blödsinnig die Redenart von dem angeblichen Zusammenarbeiten der U. S. P. mit den Besatzungsbehörden ist.

Eine Hofherrichtung Auerb. In einem Besatzungsprozess vor dem Wundener Schöffengericht wurde der verantwortliche Redakteur Thomas des Augsburger unabhängigen Organs „Volkswille“ wegen Besatzung des früheren Ministers Auerb. zu 400 M. Geldstrafe verurteilt. Der Privatkläger war persönlich in der Verhandlung erschienen und entzifferte die gegen ihn wegen seiner Tätigkeit im besetzten Nordfrankreich erhobenen Beweise.

gewesen sind, ihre Uebernahme in den Reichsdienst, nur weil sie einmal Offiziere waren. Das ist eine Gefahr.

Denn auch die zweite ihrer Forderungen, ihre wirtschaftliche Hebung durch die Stellenverfugung, ist politisch gefährlich. Jedem deutschen Offizier steht das Recht auf Arbeit zu — aber weil er ein Staatsbürger ist, nicht, weil er Offizier gewesen ist. Das ist völlig belanglos.

Der erste Schlag, mit dem sich ein kleiner Schwadronenführer heute noch sein „Mittelmittel A.“ auf die Wistenkarte drücken läßt, zeigt, daß er die alte Befahrung nicht aufgegeben hat. Er wärte noch werksamer als er es scheint ist, wenn er es läte. Ein echter Stimmungswechsel kann von diesen Männern füglich nicht erwartet werden. Und so bilden sie eine Gefahr. Offizierstellen haben wir Gott sei Dank nicht mehr, daß man sie alle unterdrücken kann. Seht man sie auf Verwaltungsposten, so werden sie, mit ganz geringen Ausnahmen, selbstverständlich mit den Grundfragen ihrer alten niedergeschlagenen Welt die neue bekämpfen wo sie können. Sie werden auf stumpfsinnige Strammheit dringen, wo wir Verständnis und Einfühlung erwarten; sie werden Unterordnung und Disziplin fordern, wo es sich um Zusammenarbeit handelt. Sie leben noch.

Einer der zahllosen Schreiber des Reichswehrministeriums hat neulich dargelegt, es sei Pflicht der Deutschen, ihre Offiziere durch auskömmliche Verforgung zu verführen. Womit? Damit, daß sie vierzig Jahre lang geschlafen haben, und schaden und schämerten und sich dummholz einen Staat im Staate schufen? Revolution verfehlt nicht. Es ist ein Uebing, politische Gegner flau und mau ans Herz zu drücken um sie gut zu stimmen. Wir bekämpfen sie.

Ich weiß sehr wohl, daß die bezugslosen Industrieblätter auf diesem Kuffah ein hervorragendes Propagandamaterial für die Wahl herauskochen können. Seht, die bösen Unabhängigen! Sie greifen euch an! Sie greifen euch an die Ehre! An die Wirtschaft! Gute Ideale sind bedroht! Sie greifen euch sogar ans Fortemonalet! Ich weiß aber auch, was ein Volk, dumpf, schweigend und geduckt vierzig Jahre lang durch diese Kasse gelitten hat, und die vereinzelten Ausnahmen hatten unter Verdammungsbereit nicht auf. Ich weiß, daß jeder von uns die Erinnerung an einen Kompanieführer, an einen Bataillonskommandeur, an einen Generalkommandeur gähnend durchs Leben mit sich fortträgt, und daß die Zeit noch die erste Wut heilend ändert (sagt grade, Gott, den Offizieren!) — aber daß wir alle

Anschluß der Kreiswahlvorschläge an die Reichsliste.

Sofortige Anmeldung beim Kreiswahlleiter notwendig.

Erklärungen über den Anschluß von Kreiswahlvorschlägen an einen Reichswahlvorschlag werden vielfach fälschlicherweise unmittelbar bei dem Reichswahlleiter eingereicht. Nach Paragraph 18 des Reichswahlgesetzes müssen solche Erklärungen bei dem zuständigen Kreiswahlleiter eingereicht werden, und zwar spätestens bis zum 27. Mai. Die Erklärungen können auch telegraphisch bei dem zuständigen Kreiswahlleiter eingereicht werden. Sie müssen aber innerhalb zwei Tagen durch eine schriftliche Erklärung bestätigt werden. Die bei dem Reichswahlleiter eingereichten Anschließervermerkmale haben keine Gültigkeit.

Deutschnationale Wahlzügen.

Gestern abend veröffentlichte die „Deutsche Zeitung“ ein angebliches Geheimprotokoll einer Kreisversammlung der U. S. D. des 10. Reichstagswahlkreises in Döbeln, in der die Genossen Döbeln, Kömer und Geyer jr. Ausführungen über die Aufrichtung der Rätediktatur und die sofortige Bewaffnung der Arbeiter gemacht werden sollen. Das „Dokument“ der „Deutschen Zeitung“ wird heute vom „Volksanzeiger“ unter der Überschrift „Beabsichtigte Wahlzüge“ wiedergegeben. Hierzu erklären wir, daß die besagte Kreisversammlung weder am 14. Mai stattgefunden, noch daß die erwähnten Genossen in der an einem anderen Tage stattgefundenen Versammlung die erwähnten Äußerungen getan haben, da sie überhaupt nicht anwesend waren. Die ganze Mitteilung ist von Anfang bis zu Ende erfunden und erlogen und bildet auch ein Glied der von den deutschnationalen Salunken betriebenen Stimmungsmache für einen neuen Putz.

Belohnung für Steuerzahlung — der Besitzenden.

Die Komödie mit dem Reichsnotopfer beginnt immer deutlicher zu werden. Seit Monaten beschlossen, ist immer noch keine Rede davon, daß es auch wirklich entrichtet wird. Da inzwischen die Entwertung des Geldes immer weiter vorgeschritten ist, so bedeuten die ursprünglich beschlossenen Sätze eine viel geringere Abgabe als der Öffentlichkeit vorzuzählen wurde. Um die Besitzenden bei guter Laune zu erhalten, wird nun offiziell mitgeteilt, daß das Gesetz den Steuerzahlern die Möglichkeit einer sehr erheblichen Ersparnis gewährt. So werden auf die Beträge, die jetzt sofort in bar bei der Reichsbank eingezahlt werden, 8 Prozent vergütet. Das heißt also, daß derjenige, der 100 Mark zu zahlen hat, nur 92 Mark zu zahlen braucht. Dieser bedeutende Vorteil kommt den Abgabepflichtigen bis zum 30. Juni zugute, von 30. Juni bis zum 31. Dezember wird ihnen aber auch noch eine Vergütung von 1 Prozent gewährt.

Diese Kaffage ist ein Musterbeispiel für die Ungerechtigkeit der Steuergesetzgebung, die während der Revolution unter Mitwirkung der rechtssozialistischen Abgeordneten beschlossen wurde. Die Besitzenden erhalten, wenn sie Steuern zahlen, eine Vergütung, den Besitztlosen, das heißt allen Lohnempfängern, werden nach dem Reichslohnsteuergesetz sofort 10 Prozent ihres Lohnes als Steuer abgezogen, auch wenn sie diesen Betrag gar nicht als Steuer zu entrichten haben. Die Besitztlosen müssen also die Steuern restlos und vorher entrichten.

lehten Endes nicht vergessen können. Und nicht vergessen wollen. Nicht die Redensarten vom Schutze der geistigen Arbeit, hinter der sich die Höheren Städte verkröhen, wenn sie fernab vom Schutze zu leben, wie sich ein Wachtmeistergehörn Gott in Frankreich vorstellte (man sollte lieber sagen: er lebte wie ein Brigadierkommandeur in Frankreich) — nicht vergessen können wir die hohe Selbstverachtung, mit der Offizielle Vorschriften erließen, die für das Volk galten, das den Krieg führte, aber nicht für sie — nicht vergessen die viele Verlogenheit, mit der sich menschenliche Abweichung gegen einen andern hinter starren Reglements und menschliche Schikane verkröhen. Wir wollen es nicht vergessen. Und wir wollen sie nicht mehr.

Hier gibt es nur eine reinliche Scheidung. Trüben sie: werlegt in selbstgeschaffenen Stellungen, in Sicherheitshöhen, Freiluft, Einwohnerschutz und Selbstwehrgeschützungen, immer nur dem gutbezahlten Posten gegen einen selbstgeschaffenen Feind, und im Herzen eine unaussprechbare Wut gegen eine neue Zeit und ihre Menschen, die den Jahrmärktsummel von Abzeichen, Orden, Titeln und einer als Unteroffizier verkleideten Militärschik (selbstverständlich ohne Sinne) nicht mehr anerkennen wollen. Haben wir: als Menschen der verhassten neuen Zeit, die da glauben, daß es keine „Untergebenen“ und keine „Vorgesetzten“ mehr geben darf. Sie wittern die Gefahr: entscheiden wir ihnen die Untergebenen, dann ist es mit ihnen aus.

Die deutschen Offiziere haben und eine Mißrechnung aufgemacht, und wir haben die einzelnen Posten sorgfältig im Kopf notiert. Wir wollen sie ihnen quittieren. Am ersten Sonntag des Monats Juni im Jahre 1920.

Ganz wie früher. Kürzlich, so schreibt man der „Weltbühne“, fragte ich den Landrat von A., Rittmeister a. D. Herrn v. S., wie er denn nun eigentlich mit dem neuen Regime auskomme. „Oh“, erwiderte er, „ganz gut. Keulich hab ich mal eine Kraftprobe anstellen wollen. Da hab ich den Bürgermeister anspießen. Er läßt sich schon wieder gefallen.“

„Iphigenie auf Tauris“, O U S seit Jahrzehnten hier nicht gegebene klassische Oper, wurde gestern von der Staatsoper unter musikalischer Leitung Max v. Schilling neuinszeniert gegeben. Die Aufführung wurde dem Werke (in teilweiser Anlehnung an Richard Straußens Bearbeitung) nicht in jeder Beziehung gerecht; die Iphigenie-Formung Ludwig Hirsch, die etwas läppischen Bauteilinszenierungen und anderes ließen sich wohlwollender denken; vor allem ist Frau Haggen keine Iphigenie, eher schon Herr Schwarz ein Orpheus, den er mit gesanglicher Stärke meißelt. Die übrigen Schwach, der Chor wohlklingend. Insgesamt eine feierliche Freude. Guckt etwas Wert in seiner wehrhaften schmerzlichen Wut zu hören.

Die Besizenden Warten Sie brüden, Was wenn Sie sagten, verhalten Sie eine besondere Vergütung.

Die Wahrheit!

Nicht nur in reaktionären Blätterwahl und Redaktionswahl taucht immer wieder die Behauptung auf, daß an der unerbittlichen Leuerung, unter der wir leiden, die gewaltigen Lohnsteigerungen schuld seien. Auch ein großer Teil der Bevölkerung, der es lebhaft ablehnt, zu den reaktionären Parteien gezählt zu werden, ja, viele Proletarier selbst fingen aus Unkenntnis und Verärgerung dasselbe Lied.

Wie sieht es in Wahrheit aus?

Nach amtlichen Ermittlungen sind heute im Vergleich mit den Löhnen vor Ausbruch des Weltkrieges im Reichsdurchschnitt

die Löhne für Bergarbeiter	um 300—400 Proz. höher
„ „ Metallarbeiter	„ 350—450 „ „
„ „ Landarbeiter	„ 150 „ „
„ „ Bauarbeiter	„ 400—500 „ „

In der gleichen Zeit oder nahm die Verteuerung aller Waren einen viel gewaltigeren Umfang an. Sind doch jetzt gegen 1914 im Durchschnitt:

die Preise für Kohlen	um 2000 Proz. höher
„ „ Eisenwaren	„ 3500—5000 „ „
„ „ Lebensmittel	„ 600 „ „
„ „ Baumaterialien	„ 1000—5000 „ „

Dieser zahlenmäßige Vergleich beweist mehr als alle Redensarten von der Schraube ohne Ende und ähnlicher gehässiger Angriffe auf die Arbeiter- und Angestelltenchaft. Diese Zahlen reden aber außerdem eine furchtbar eindringliche Sprache. Sie spiegeln den sozialen Niedergang der breiten Volksmassen

Die Verelendung des Proletariats

in grausamer Unwiederleglichkeit wieder.

Demgegenüber stehen die

Niefengewinne der Handels- und Industriekreise,

die zuerst im Kriege und dann seit der Revolution aus der Zerrüttung der Volkswirtschaft unermessliche Vorteile gezogen haben.

Dieser Zustand, das Anwachsen und die Neubildung der großen Kapitalvermögen auf der einen und das rapide Herunterfallen der arbeitenden Volksschichten unter das Maß der Lebensnotwendigkeit, muß beseitigt werden.

Die Sozialisierung aller Produktionsmittel

ist die einzige Maßnahme, die hier endgültigen Wandel schafft. Weder die bürgerlichen Parteien, noch die Rechtssozialisten haben durch ihre Tätigkeit in der Koalitionsregierung und in der Nationalversammlung den Beweis geliefert, daß sie ernstlich gewillt sind, den Auswüchsen der kapitalistischen Profitwirtschaft entgegenzuarbeiten. Allein die

Unabhängige Sozialdemokratie

hat immer und immer wieder grundlegende Maßnahmen zur Ueberführung des Privateigentums an Produktionsmitteln in den Gemeinheitsbesitz gefordert.

Arbeiterinnen und Arbeiter aller Berufe!

Protestiert am 6. Juni 1920 bei den Reichstagswahlen gegen die jetzige kapitalistische Schandwirtschaft durch Stimmentgabe für den revolutionären Sozialismus.

Wählt am 6. Juni die Listen der Unabhängigen Sozialdemokratie.

Bredered in Freiheit.

Die Rapp-Partisane triumphierten. Wiederum ist einer von ihnen, der frühere Reichsanwalt Bredered, der als „Presseschef“ der Rapp-Regierung eine ihrer besten Stützen war, aus der Haft entlassen worden. So wird auch er ebenso wie die Ludendorff, Ehrhardt, Bauer usw. straffrei ausgehen, weil die Justiz, als die willkürliche Handlunglerin der Reaktion, den Möglichkeiten, die Rapp-Partisane zu bestrafen, keinen Gebrauch macht. Sie ist ja zu sehr mit der Verfolgung von Arbeitern beschäftigt.

Der Hof gehorchend.

In Bayern herrscht die Reaktion seit den Rappjahren noch rücksichtsloser als vorher. Bis zum Sonnabend vor Pfingsten war unser Münchener Parteigänger verboten, trotzdem die Reichsregierung zmal versichert hatte, die Wahlbewegung solle durch behördliche Gewaltmittel nicht beunruhigt werden. Nunmehr wurde das Verbot gegen unsere Münchener Zeitung „Der Kampf“ aufgehoben. Aber nicht etwa, weil man auch dort sich wieder halbwegs haltbaren Protesten wenden will, sondern weil ein Ultimatum der Gewerkschaften den Prahlzählern der Reaktion zum Bewußtsein gebracht hat, daß die Arbeiterschaft auch über gewisse Machtmittel verfügt, die den Reaktionshären in Bayern recht fühlbar werden könnten.

Kerzte und Krankentassen.

Dem „Vorwärts“ wird aus Frankfurt a. M. berichtet: Nachdem die jetzt neue Verhandlungsgrundlagen nicht zustande gekommen sind, herrscht von heute (Dienstag) mittags 12 Uhr ab im ganzen Reich der vertragslose Zustand zwischen Kerzten und Krankentassen. Die Mitglieder der Tassen gisten von nun ab als Privatpatienten und werden von den Kerzten nur gegen Barzahlung und von den Kerzschäften bestimmten Sätzen behandelt. Das Gesetz gibt den Krankentassenmitgliedern die Möglichkeit, wegen Minderleistungsforderungen an die Tassen heranzutreten.

Der über Hamburg verhängte Ausnahmezustand ist am Dienstag aufgehoben worden.

Zeitungsverbote in der Pfalz. Wegen Verherrlichung von Verbrechen gegen die Verwendung farbiger Tuppen sind von der Besatzungsmacht des Rheinpfälzer und die „Rufener Zeitung“ auf drei Tage verboten worden.

Der Kommunist August Merges ist wegen einer in Garrecht gehaltenen Rede am Freitag in Braunschweig verhaftet worden. Solidaritätsstreik auf deutschen Gruben. Nach einer Meldung aus Stockholm hat der Zustand der Bergleute in den Gruben von Norrbotten eine weitere Verbesserung erfahren. Die Bemerkungen der deutschen Grubenscheffler erklären sich mit den unabhängigen Grubenarbeitern solidarisch und meigern sich. Grubenarbeiter nach Deutschland zu befördern

Zerwerkchaftliches.

Bürgerliche Presse und Angestellteninteressen.

In sehr geschäftiger Weise bemüht sich gegenwärtig die bürgerliche Presse den Angestellten darzulegen, daß die von ihnen vertretenen Parteien einig und allein die wahre Angestellteninteressenvertretung verbürgen. Es ist nicht uninteressant, bei diesem Liebeswerben einmal darauf hinzuweisen, daß die Zeitungsunternehmer ihren eigenen Angestellten gegenüber jegliches soziale Verständnis vermissen lassen. Die gegenwärtig vom „Angestelltenverband des Buchhandels, Buch- und Zeitungsverwes“ und „Zentralverband der Angestellten“ geführte Gebaltsbewegung ist das beste Beispiel hierfür. Die Zeitungsleger lehnten zuerst jedes Verhandeln mit den beiden Organisationen überhaupt ab, die Ausrufung des Schlichtungsausschusses machte sich dadurch notwendig. Der Schlichtungsausschuss setzte durch sehr eingehende Beratungen durch Schlichtungs-Gehälter fest, die Arbeitgeber lehnten die Unterwerfung unter den Schlichtungsanspruch ab. Bemerkenswert muß hierbei werden, daß die Angestelltenorganisationen inzwischen dem Arbeitgeberverband eine Konzession machten, und zwar boten sie an, daß der Tarifvertrag einen Monat länger laufen soll; auch das lehnten die Herren rundweg ab. Die bekannte Redensart von der Nichtleistungsfähigkeit der Betriebe wird ins Feld geführt. Man glaubt mit dieser widerlichen stereotypen Redensart, die immer beim Vortrag von Angestelltenwünschen vorgebracht wird, die Angestellten abspießen zu können.

Interessant ist nun, daß sowohl der Verlag der „Freiheit“ wie der des „Vorwärts“ den Angestellten die im Tarifvertrag vorgesehenen Gehälter der beiden Verbände bewilligt hat. Die Arbeiterblätter bezahlen also ihre Angestellten in menschenwürdiger Weise, die bürgerliche Presse glaubt sich über diese Kleinigkeiten hinwegsetzen zu können. Die Angestellten des Zeitungsverwes mögen aus diesem Verhalten ihrer Arbeitgeber die richtigen Schlüsse ziehen. Die gesamte Angestelltenchaft aller Gewerbe möge aber aus dem Tarifstreitgewerbe erkennen, daß die bürgerlichen Parteien nur mit Worten in ihren Zeitungen Angestellteninteressen vertreten, in den Taten aber absolut jegliche Erfüllung ihrer Versprechungen vermissen lassen. Wege am 6. Juni von den Angestellten hieraus der richtige Schluß gezogen werden!

Ein sonderbarer Standpunkt.

Seit längerer Zeit bemüht sich der Deutsche Transportarbeiter-Verband für die im graphischen Gewerbe beschäftigten Transportarbeiter einen Tarif abzuwickeln. Wie bisher nachgefragten Verhandlungen sind von Seiten der Arbeitgeberverbände abgelehnt worden mit der Begründung, daß die Transportarbeiter in gleichem Verhältnis wie die Buchdrucker-Druckarbeiter entlohnt werden. In einzelnen Großbetrieben (Zeitungsverlagsanstalten) behandeln höher Hausverträge, die aber für die Zukunft fortzuführen seien. Der Arbeitgeberverband der papierverarbeitenden Industriellen nahm zu dieser Angelegenheit Stellung und lehnte gleichfalls den Abschluß eines Tarifes ab. Er gab dazu eine an sich umständliche Erklärung ab, indem er behauptete, daß die Transportarbeiter individuell, nach Leistung, Familienstand und Dauer der Beschäftigung, im Betriebe entlohnt werden. Wie nun die individuelle Bezahlung aussieht, dafür einige Beispiele: In einer Buchdruckerei 140 M. pro Woche. Derselbe ist seit 20 Jahren bei der Firma. In einer Buchbinderei erhalten Transportarbeiter einen Lohn von 2.10 M. pro Stunde. Im Durchschnitt erhalten Hausbauer und Packer einen Wochenlohn von 90 bis 150 M. Das damit jemand auskommen kann, glaubt ernstlich kein Mensch. Der Transportarbeiterverband hat jetzt abermals den Schlichtungsausschuss angerufen und hofft nunmehr auf einen günstigen Abschluß, zumal da die Transportarbeiter in ihrer Mehrzahl einen Tarifabschluß für das graphische Gewerbe wünschen.

Groß-Berlin.

Sturmzeichen!

Uns wird geschrieben:

„Daß die Reichsparteien, die sogenannten „Nationalen“, des Antisemitismus auf ihr Banner geschrieben haben, ist wohl zur Genüge bekannt. Auf welche fruchtbarsten Boden bereits gefallen ist, zeigt folgender Vorfall:

Es dürfte wohl noch vielen im Gedächtnis sein, daß vor nicht langer Zeit die Synagoge in der Hasanenstraße, wie auch deren nähere Umgebung, nachts mit Palankreuzen in schwarzer Farbe bemalt worden sind. Leider ist es meines Wissens bis heute nicht gelungen, die Täter auffindig zu machen. Die Palankreuze sind seit dem Rapp-Putz ja allgemein bekannt. Sie gelten als antisemitisches Wahrzeichen und sind auch das Banner der für diese Leute arbeitenden Truppen.

In der Nacht von Sonnabend zu Pfingstmontag wurden nun zwei junge Leute in der Nähe des Ludwigsplatzes in Wilmersdorf beobachtet, als sie mit riesigem Eifer Palankreuze an Schaufenster, Häuser, Säulen, Häuser, ja sogar mehrmals auf den Bürgersteig (so auch vor dem Hause Provincial-Großloge in der Emser Straße) malten. Als sie sich beobachtet sahen, ergriffen diese nächtlichen Straßenheiden schnellstens die Flucht. Nach längerer Jagd durch mehrere Straßen konnten die beiden Verursacher schließlich ergriffen werden. Wie immer, war weit und breit kein einziger, der für die Sicherheit der Staatsbürger zu sorgenden Polizeibeamten zu finden. Das Polizeirevier in der Pfalzburger Straße öffnete sogar nicht einmal auf mehrfachen Klingeln.

Die beiden nächtlichen Kummler gaben für ihr Verhaben „sein private Gründe“ an. Der deutschnationale Jugendbund aber deren Angehörige darzulegen ja freiz, sich auf diese Weise aus der Affäre zu ziehen. Leider fanden die beiden Parteien bei dem Publikum noch Unterstützung. — Die Aufnahme, die schließlich dieser Fall im Revier der Sicherheitspolizei fand (Gleichgültigkeit wäre kaum ein passender Ausdruck dafür), wie auch das Verhalten der Beamten wohl auf eine Entlohnung wartenden Menge zeigten deutlich, daß alles auf eine wohlorganisierte Judenbehe hinausläuft, was nach durch auffallende Gebreden notwendig wird. Am Sonntag morgen konnte man auch in der Nähe des Aufstufendamms mehrfach diese Wandbemalungen sehen. Besonders auffällig ist es an gewissen Stellen.

Diese und ähnliche Vorfälle sollten der Regierung sowohl wie auch den interessierten Kreisen die Augen öffnen und sie auf der Hut halten, ehe es zu spät ist.

Eigenartige Manieren in Oranienburg.

Die Heilige Gewerkschaftskommission hatte am 21. April in einer Protestversammlung den Beschluß gefaßt, infolge der fortgesetzten unehrenhaften Schreibe der Oranienburger Zeitungen für die 3000 organisierten Arbeiter ein zweimal wöchentlich erscheinendes Mitteilungsblatt herauszugeben. Das Mitteilungsblatt erforscht sich einer sehr großen Beliebtheit, so daß es schließlich man, daß die Reichsparteien infolgedessen, um die

